

Vorlage für die Sitzung des Senats am 12. Nov. 2019

„Verfassungsschutz wirbt um Mithilfe der Bremer Bürger im Kampf gegen ‚Rechts‘ “

Anfrage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

des Einzelabgeordneten Peter Beck (AfD)

Frage 11

A. Problem

Der Abgeordnete Peter Beck (AfD) hat für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Bei welchen auffälligen Äußerungen oder Verhaltensweisen „Dritter“ sollen Bremer Bürger diese beim Verfassungsschutz melden?
2. Wurde durch den Verfassungsschutz bereits ein Fragenkatalog über mögliche Äußerungen oder Verhaltensweisen von Rechtsextremisten erstellt und wenn ja, wird dieser der Öffentlichkeit auch vorgestellt?
3. Wie will der Senat verhindern, dass durch diese Verfassungsschutzmaßnahme nicht unschuldige Bürger beim Verfassungsschutz denunziert werden?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Der Verfassungsschutz nimmt Informationen entgegen, die auf Extremismus hinweisen.

Zu Frage 2:

Nein. Der Verfassungsschutz informiert durch seine Öffentlichkeitsarbeit umfassend über die Erscheinungsformen und das Auftreten von Rechtsextremisten. Auch durch die Darstellung im Verfassungsschutzbericht sind die wesentlichen Aspekte jederzeit verfügbar.

Zu Frage 3:

Der Verfassungsschutz prüft sämtliche Hinweise und bewertet diese. Vom jeweiligen Ergebnis hängt das weitere Vorgehen ab. Keinesfalls werden Beobachtungsmaßnahmen auf bloße Behauptungen Dritter gestützt.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender- Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Männer und Frauen sind in gleicher Weise betroffen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Keine Abstimmung erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet. Die Veröffentlichung erfolgt über das zentrale elektronische Informationsregister.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 06. Nov. 2019 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Beck (AfD) in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.